

TOP Anfrage 3

Gremium	Termin	Status
Sozialausschuss	09.06.2022	öffentlich

Anfrage Stadtratsfraktion DIE LINKEN

Anfrage der Fraktion DIE LINKEN zur Umsetzung des neuen „Chancen-Aufenthaltsrechts“, durch die Ausländerbehörde Ludwigshafen bei Anwendung der sogen. Vorgriffsregelung, die laut Ministerium für Integration RLP angewandt werden kann

Vorlage Nr.: 20225109

Heinigstr. 25 a
67061 Ludwigshafen
Dr. Liborio Ciccarello
Fraktionsvorsitzender

Friederike Rüd

bürgerschaftliches Mitglied im Sozialausschuss

info@linksfraktion-ludwigshafen.de

Ludwigshafen, den 5. Juni 2022

Anfrage zur Sitzung des Sozialausschuss am 09. Juni 2022

Sehr geehrte Frau Dezernentin Steeg,

zur Sitzung des Sozialausschusses am 09. Juni 2022 stellen wir folgende Anfrage:

Anfrage-Thema: Umsetzung des neuen „Chancen-Aufenthaltsrechts“ durch die Ausländerbehörde Ludwigshafen bei Anwendung der sogen. Vorgriffsregelung, die laut Ministerium für Integration RLP angewandt werden kann

Aktuell gibt es 202.387 geduldete Menschen in Deutschland (Pro Asyl). Sie alle leben in ständiger Angst, abgeschoben zu werden, obwohl sie oft schon viele Jahre in Deutschland wohnen, arbeiten und sich hier ein Leben aufgebaut haben. Jeden Tag droht ihnen die Gefahr, ihr Zuhause, ihre Arbeit und ihre Zukunft ein zweites Mal zu verlieren und in ihrem Herkunftsland in Haft zu kommen oder gar ihr Leben zu verlieren.

Die Ampel-Koalition hat im Koalitionsvertrag Gesetzesänderungen geplant, die den Menschen, die seit Jahren im prekären Zustand der Duldung leben, endlich ein Bleiberecht ermöglicht. Dort heißt es:

„ Der bisherigen Praxis der Kettenduldungen setzen wir ein Chancen-Aufenthaltsrecht entgegen: Menschen, die am 1. Januar 2022 seit fünf Jahren in Deutschland leben, nicht straffällig geworden sind und sich zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung bekennen, sollen eine einjährige Aufenthaltserlaubnis auf Probe erhalten können, um in dieser Zeit die übrigen Voraussetzungen für ein Bleiberecht zu erfüllen (insbesondere Lebensunterhaltssicherung und Identitätsnachweis gemäß §§ 25 a und b AufenthG)“ (Koalitionsvertrag, S.138, Zeilen 4658 – 4663).

Abschiebungen vor Umsetzung der Vereinbarungen im Koalitionsvertrag berauben die betroffenen Menschen ihrer Chance auf einen legalisierten Aufenthalt und ihrer Zukunftsperspektiven. Sie dürfen aber nicht die Leidtragenden der zu langsamen Umsetzung der vereinbarten gesetz-lichen Neuregelungen werden!

In **Rheinland-Pfalz** gibt es bereits eine sogen. **Vorgriffsregelung**. Das Ministerium für Familie, Frauen, Kultur und Integration hat die Ausländerbehörden per Schreiben vom 23. Dezember 2021 über die Einführung des „Chancenaufenthaltsrechts“ informiert und geschrieben:

*"...In Hinblick darauf möchte ich Ihnen bereits jetzt mitteilen, dass keine fachaufsichtlichen Einwände geltend gemacht werden, wenn Ihre Behörden **Aufenthaltsbeendigungen** an absehbar unter die angekündigte Regelung fallenden Ausländerinnen und Ausländern zunächst **zurückpriorisieren**."*

Daher die Fragen:

- Wieviele Geduldete gibt es in Ludwigshafen.
- Welcher Nationalität haben sie ?
- Wieviele Geduldete in Ludwigshafen sind am 1. Jan 2022 seit fünf Jahren hier und erfüllen die genannten Bedingungen des Koalitionsvertrags?
- Ist die Ausländerbehörde gewillt, der Vorgriffsregelung gerecht zu werden und bei den Ausländer*innen mit auslaufender Duldung die Aufenthaltsbeendigung zurück zu priorisieren, um ihnen so schnell wie möglich ein angstfreieres Leben zu ermöglichen und sie daher **jetzt sofort**
 - a. von der Regelung zu informieren und ihnen vor allem
 - b. eine Aufenthaltserlaubnis zu erteilen ?
- Wie viele Anträge auf das ein Chancenaufenthaltsrecht wurden bereits gestellt ?
- Wie viele Aufenthalts**beendigungen** fallen in diesem Jahr in Ludwigshafen an, und die Betroffenen erfüllen nicht die Bedingungen für das „Chancenaufenthaltsrecht“?

Und wie wird sich die Ausländerbehörde Ludwigshafen hier verhalten? - denn für wie lange eine Duldung jeweils ausgestellt wird ist u.a. **auch** abhängig vom Ermessen der Ausländerbehörde. Das Ziel sollte sein, Menschen von starkem psychischem Druck zu befreien.

- Wie viele Abschiebungen fanden in den Jahren 2021 und 2022 statt ?
In welche Länder?

Wir bitten um schriftliche und mündliche Beantwortung.

Mit freundlichen Grüßen



Liborio Ciccarello
Fraktionvorsitzender



Friederike Rüd
bürgerschaftliches Mitglied im Sozialausschusses